

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anzerate werden die 6spaltige Zeitspalte mit 30 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 167.

Dresden, Dienstag den 22. Juli 1913.

24. Jahrg.

Die beteiligten Verbandsvorstände erklären eine gemeinsame Erklärung zum Werftarbeiterstreit.

In Gleichen in der Mark ist eine Ruhrpibemie ausgebrochen.

Der Parteivorstand der holländischen Sozialdemokratie erklärte sich gegen die Beteiligung von Parteigenossen an der Regierung und hob die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages auf.

Bulgarien hat die rumänischen Friedensbedingungen angenommen.

Nach unbedeutenden Kämpfen mit den Bulgaren haben die 27sten Kirzillische und Sile Burgas wieder besetzt.

Der Kampf um die drei Jahre.

Von unserem Korrespondenten.

gr. Paris, 20. Juli.

Als Mitte Februar die deutsche Regierung ihre neuen Militärvorlagen ankündigen ließ, die eine gewaltige Vergrößerung der aktiven Armee enthielten, gab die gesamte anti-republikanisch-reaktionäre und gemäßig-republikanische Presse sofort die Parole aus: „Unsere Antwort kann nur in der Einführung der dreijährigen Dienstzeit bestehen.“ In der radikalen Presse machte sich vom ersten Tage an die Unentschiedenheit bemerkbar, die bis zum letzten Augenblick der Diskussion, bis zur Annahme der Kommissionsvorlagen, die kurz vor Mitternacht am Samstag erfolgte, das Werkmal der radikalen Reaktionen blieb. Während der frühere Ministerpräsident Clemenceau in epigrammatischer Form sich gleich als Anhänger der dreijährigen Dienstzeit bekannte, sprachen sich die meisten der radikalen Führer dagegen aus; aber man hatte selten den Eindruck, daß sie ein klar umrissenes militärisches Programm hatten, das sie dem der Reaktion entgegenstellen konnten. Sie überließen es den Sozialisten, in deren Namen und Auftrag Jaurès einen Kampf gegen die dreijährige Dienstzeit führte, der in der Geschichte des Parlamentarismus zu den unvergesslichen gehören wird.

Erschwert wurde das Eintreten für die unbedingte Freibeibehaltung des Gesetzes von 1905 durch die Ungeheuerlichkeit der deutschen Aufrüstung, die Deutschland im Herbst 1914 ein Wehr von 44 000 Mann in der aktiven Armee verschaffte, wenn Frankreich alles beim Alten ließ. Es ist keine Frage, daß diese Riesen auf die großen Massen des Volkes einen starken und nachhaltigen Eindruck machten — und daß weder die von sozialistischer Seite in meisterhafter Weise an der praktischen Wirksamkeit der dreijährigen Dienstzeit geübte Kritik, noch die Tatsache, daß es besonders die hochreaktionären Parteien waren, die die Forderung der drei Jahre erhoben, diesen Eindruck verwischen konnten. Denn es der sozialistischen Partei trotzdem gelang, im Land eine starke Bewegung hervorzurufen, so lag das eben so sehr an der verhängnisvollen Belastung, die die dreijährige Dienstzeit allen, in erster Linie natürlich den arbeitenden, beschlagnahmten bringt, und damit der französischen Produktion, als an dem brillant und unablässig durchgeführten Kampf der sozialistischen Parlamentarier. Aber gerade angesichts der Schwere des Opfers, das ein drittes Kasernenjahr bedeutet, ist es bezeichnend für die tiefe Sorge, die Deutschlands Aufrüstung im Volk wachgerufen hat, daß die Waise der Franzosen, deren erbitternde Wehrheit republikanisch gesinnt ist und sich so leicht nichts von ihren traditionellen Freiheiten beschneiden und wegnehmen läßt, im Grund verhältnismäßig ruhig blieb. (Die Ereignisse in den Kasernen von Toul, Velfort, Rouilly, Rodez usw. gehören einem andern Kapitel an.) Während ein Teil der Bevölkerung tatsächlich einen deutschen Angriff befürchtet, argumentieren die andern folgendermaßen: „Wenn es auch richtig ist, daß die neue deutsche Aufrüstung vor allem Ruhland gilt, im Augenblick eines Krieges würde sich diese verstärkte Armee doch gegen uns richten, was sollen wir also machen bei all unserer Friedensliebe? 1911 und 1912 hat Deutschland seine Armee schon verstärkt, ohne daß wir ähnliche Maßnahmen ergreifen haben. Von 1882 bis 1912 hat Frankreich an außerordentlichen Ausgaben für sein Kriegsmaterial 2 Milliarden 700 Millionen Franken ausgegeben und Deutschland 4 Milliarden 700 Millionen, also 2000 Millionen mehr als wir. Seit 80 Jahren sind die militärischen Ausgaben Frankreichs um 70 Prozent, die Deutschlands jedoch um 227 Prozent gestiegen.“

In den Händen der Reaktionäre bilden diese Tatsachen, die weder von den Radikalen noch von den Sozialisten bestritten werden konnten, glänzende Waffen, die die der Reaktion zur Verfügung stehende Presse in der frapellosten und oft trefflichsten Weise spielen ließ, um eine panikartige Stimmung hervorzurufen.

Die Regierung stellte sich von vornherein entschlossen auf die Seite derer, die mit allen Mitteln und allen Argumenten für die dreijährige Dienstzeit kämpften. Briand, der sich noch schleunigst einen ehrenvollen Abgang verschafft hatte, indem er die vom Senat verworfene Wahlreform verteidigte, schickte zu seinem Nachfolger seinen Justizminister Barthou vor: da er selbst keine Lust hatte, den drei Jahren zum Sieg zu ver-

helfen, wählte er denjenigen seiner Kollegen, von dem er dachte, daß ihn seine ganze Vergangenheit am geeignetsten dazu machte, die Hilfe der Reaktion zu suchen und zu finden. Und da der neue Präsident der Republik, Poincaré, ungefähr denselben politischen Atmosphären entstammte wie Barthou, so erschien es ebenso selbstverständlich als symbolisch, daß Barthou, der einst in Mélines reaktionärem Kabinett das Ministerium des Innern hatte, zum Generalissimus der Truppen, die die dreijährige Dienstzeit erringen sollten, ernannt wurde.

Für die Radikalen, die in den letzten Jahren das Privilegium hatten, die Ministerien zu besetzen, war der Eintritt Barthous im Ministerpräsidium der klare Beweis dafür, daß sie am Ende der ersten Periode ihrer Herrschaft waren, wenn sie sich nicht unerbittlich gegen ihn zusammenschlossen. Sie machten auch einen energischen Vorstoß, als Barthou sich vorstellte: da ihre Gruppen in der Kammer völlig desorganisiert sind, verbotenen sie es nicht zu verhindern, daß einige Duzend ihrer Mannschaften zu Barthou abmarschieren. Und je länger die Militärdiskussion dauerte, desto fester wurde Barthous Stellung. Einhundert Radikale erwieilen ihm sogar den Gehalt, den Versuch einer wahren Sezession zu machen und eine neue Gruppe zu gründen. Da Barthou sich als außerordentlich geschickter Debatter und passender Improvisator erwies, dem die Aussicht, als Lohn für einen Sturz im Lauf der Debatte über die drei Jahre einen Sitz in der Akademie der vierzig Unsterblichen zu finden, einen ungewohnten Reiz gab, so fand er am Samstag abend eine stärkere Mehrheit, als er wohl selbst erwartet hatte. Die gesamte Reaktion stimmte für das Gesetz; in ihrem Namen gaben Beauregard für die gemäßigten Radikalen, Piou für die päpstlich-reaktionären, Vaury de Rillon für die Monarchisten Erklärungen ab, die zeigten, wie tief das neue Gesetz alle Feinde der Demokratie und der Republik beschiedigt. Um so berechtigter klang die Verurteilung, welche die sozialistische Fraktion in der von de la Porte in ihrem Vortrag verlesenen Erklärung noch einmal vor der Schlußabstimmung aussprach:

„Schritt auf Schritt haben wir seit Wochen die Hauptbestimmungen eines Gesetzes, das uns verhängnisvoll und aberwitzig erscheint, bekämpft. Einstimmig werden wir das Ganze ablehnen. Es entspringt einem Gedanken sozialer Reaktion und hat zum Ziel... aus der Armee eine nationale Gendarmarie zu machen. Weit davon entfernt, die Verteidigung des Landes zu sichern, kompromittiert es sie. Die wahrhaft republikanische Organisation der bewaffneten Nation hätte Frankreich nicht nur unbeflegbar, sondern unangreifbar gemacht. Im Gegenteil wird Frankreich durch eine Verlagerung des beschwerlichen und langweiligen Kasernendienstes geschwächt, die das Land von der militärischen Erziehung der Jugend ablenken wird, von der ernsthaften Einrahmung der Reserven und die es in den Quellen seiner Produktion, seines Reichtums und seines Wissens trifft.“

Dann kündigt die Fraktion einen Kampf zur Wiederabschaffung des neuen Gesetzes an und für Besatzsteuer zur Deckung der Unkosten.

(Schluß folgt.)

Bulgariens Unterwerfung.

Aus Bukarest wird gemeldet: In der hier eingetroffenen, durch Vermittlung der italienischen Botschaft der rumänischen Regierung mitgeteilten amtlichen Depesche der bulgarischen Regierung nimmt diese alle Bedingungen Rumäniens an, deren Kardinalpunkte nach der offiziellen Präsa die folgenden sind:

1. Die Grenze Tuzlufat—Dobritsch—Palkisch,
2. Verbleiben der rumänischen Armee in Bulgarien bis zum Abbruch des Friedens.

Die bulgarische Depesche betont auch insbesondere, daß Bulgarien gegen Serbien und Griechenland den Krieg nicht fortsetzen wird, auch wenn es sich jetzt mit Rumänien verbündet. Eine Depesche gleichen Inhalts traf auch von König Ferdinand an König Karol ein. Der Vormarsch des rumänischen Heeres ist darauf eingestellt worden.

Bukarest, 21. Juli. Die bulgarische Regierung hat die rumänische Regierung verständigt, daß sie der Zustimmung eines rumänischen Delegierten zu den Friedensverhandlungen zustimme. Die Regierung hat daher der rumänischen Armeeleitung die Order erteilt, den weiteren Vormarsch der rumänischen Truppen zu sistieren.

Die Türken vor Adrianopel.

Sofia, 21. Juli. Under Bei versuchte, die Adrianopeler Garnison mit der Kavalleriedivision, die die Spitze der türkischen Armee bildet, zu überumpeln und in die Festung einzubringen. Es bestätigte sich indes die Meldung nicht, daß Under Bei bereits in Adrianopel eingedrungen sei. Von Dimitofka her an der Spitze der Kavalleriedivision vorrückend, wurde er von den Bulgaren angegriffen und in einen Kampf verwickelt, der noch fortbauert. Dagegen sind die Türken in Lozengrad (Rizkisse) eingedrungen und haben die Stadt besetzt. Die Verbindung mit Adrianopel ist jetzt vollständig unterbrochen.

Konstantinopel, 21. Juli. (Amtliche Meldung.) Die Türken hatten bei der Besetzung einiger strategischer Punkte mit

den Bulgaren, die Oberhand zu behalten, einen Kampf zu bestehen. Ein bulgarischer Offizier und 135 Soldaten wurden gefangen genommen. Hierauf wurden der Bahnhof von Rile-Burgas und die große Brücke über den Ergenefluß genommen.

Wien, 21. Juli. Die Südbaltische Korrespondenz meldet aus Belgrad: Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Die Privatnachrichten über eine große Schlacht bei Ribnik bestätigen sich nicht. Die serbischen Truppen haben Befehl erhalten, nicht über die Defenslinie hinauszuweichen.

Bergweisse Lage Bulgariens.

Sofia, 21. Juli. Angesichts der verzweifelten Lage Bulgariens herrscht dort außerordentliche Aufregung und man ist auf alle Eventualitäten gefaßt. Die bulgarische Armee sei vollständig lahmgelegt und durch die Zerstörung der über den Alb führenden Eisenbahnbrücke ist die einzige Zufahrtslinie zur Verpflegung der Truppen nach dem Norden unterbrochen.

Wieder einmal.

Bukarest, 21. Juli. In hiesigen diplomatischen Kreisen herrscht die Ansicht vor, daß der Friede nunmehr in einigen Tagen geschlossen sein wird, und zwar nicht allein zwischen Rumänien und Bulgarien, sondern zwischen sämtlichen kriegführenden Balkanstaaten.

Kriegsgeruel.

Sofia, 21. Juli. Der Militärgouverneur von Thrazien meldet, daß die türkischen Truppen, die gestern von Unkoprü und Sile-Burgas her vorrückten, von Under Bei geführt wurden und aus kurzen Besetzen, unter denen man Serben bemerkt. Der Führer der ersten Armee berichtet, daß in den letzten Kämpfen von den Serben kriegsgefangene Offiziere und Soldaten in der brutalsten Weise niedergemetzelt worden sind. 3000 Flüchtlinge aus Rildisch, Arivolak und Strumitza, zum größten Teil Frauen und Kinder, sind in Sofia angekommen. Sie befinden sich in einem Zustande äußerster Bedürftigkeit und sind Gegenstand der öffentlichen Wohlthat. Andere Flüchtlinge, an 70 000 Personen, sind auf dem Wege nach Sofia.

Feststellung der bulgarischen Grausamkeiten.

Belgrad, 21. Juli. Die aus deutschen, norwegischen und französischen Mitgliedern bestehende Verzelekommission zur Untersuchung der den Bulgaren vorgeworfenen Grausamkeiten ist nach der Inspektion des Gebietes von Anjatschewas bis Sautschur hierher zurückgekehrt. Sie ließ Untersuchungen vornehmen und konstatierte unzählige Fälle von Grausamkeit und Frauenverwundung an der Landbevölkerung. Sie hat einen umfassenden Bericht mit photographischen Aufnahmen dem Ministerium eingereicht.

Serben und Albanen.

Wien, 21. Juli. Die Albanische Korrespondenz meldet aus Skutari: Die Serben, welche innerhalb der Grenzen des von der Völkervereinigung Albanien zugewiesenen Gebietes starke Garnisonen gehabt haben, haben nunmehr ihre im nordalbanischen Gebirge stehenden Truppen um 2000 Mann verstärkt und Teile derselben nach Siben verlegt, um das Halbesitz zu besetzen. Eine größere Abteilung besetzt bereits das Ralshentgebirge, wobei es zu Kämpfen zwischen den serbischen Truppen und den Ralshoren gekommen ist. Die letzteren verloren dabei gegen 100 Mann. Unter den Gebirgsstämmen herrscht große Erregung.

Die Haltung der Mächte.

Sofia, 21. Juli. Das Reutersche Bureau erfährt: Obwohl das Vorgehen der Türkei in diplomatischen Kreisen als die bereits hinreichend entwickelte Lage noch verwickelter gestaltend angesehen wird, wird es unter den Großmächten keine Verwicklungen hervorzurufen, weil sie die einmütige Auffassung haben, daß das unfeindliche Verhalten der Türkei bezüglich der Enos—Midia-Sinie nicht gebuldet werden dürfe. Es werden Schritte getan werden, um diesen Standpunkt der Mächte in Konstantinopel klarzulegen. Die Völkervereinigung zeigte heute nachmittag vollkommene Einmütigkeit in dieser Hinsicht, obwohl noch keine endgültigen Vorschläge gemacht worden sind. Die Völkervereinigung ferner die Notwendigkeit, daß die Kriegführenden bald zu einer Verständigung kommen, und machten einige Fortschritte bezüglich des Statutes für Albanien.

In Gemeinschaft mit Rußland.

Von unserem Korrespondenten. th. Wien, 21. Juli. Die Wiener Offizien bewegen sich wie im Fieber. Jeden Tag stellt ihre Phantasie neue Kombinationen von Mächten, in deren Gefolge Oesterreich-Ungarn auftaucht als Mittelschleider der Dinge auf dem Balkan. Aber die Tatsache, daß es sich zwischen zwei Stühlen gesetzt und alles gegen sich aufgebracht hat, tritt nur um so deutlicher zur Schau. Jetzt erzählen die dienstfertigen Federhelden des Grafen Verstorff mit freudigem Geschrei, Rußland sei einig mit Oesterreich darin, daß Bulgarien nicht allgütig gedemütigt werden dürfe. Aber woher droht ihm die Demütigung? Von Rumänien, dessen Heer, das unbefeh-